

Nr. 2 | September 2007

GRÜNE in Dortmund

GRÜNE

Sozialpolitik

Armut in Dortmund

*Interview mit
dem GRÜNEN
Bundestags-
abgeordneten
Markus Kurth*

Liebe LeserInnen!

Herzlich willkommen zur zweiten Ausgabe von GRinDO, dem Magazin für GRÜNE Politik in Dortmund.

Das Problem „Armut“ bildet den Schwerpunkt dieser Ausgabe. Ein breiter Themenkomplex, doch findet man immer wieder bei dem einen Dreh- und Angelpunkt – bei Arbeit und soziale Sicherung.

Wie wichtig dieses Thema für uns in Dortmund ist, sieht man an den bloßen Zahlen: Zurzeit sind über 40.000 Personen ohne Arbeit. Eine Zahl, die so hoch ist wie die Zahl der Bewohner einer mittelgroßen Stadt. Etwa 83.000 Personen bilden zusammen über 40.000 Bedarfsgemeinschaften. Das sind Haushalte, die Arbeitslosengeld II beziehen. Davon sind über 22.000 Kinder.

Zahlen, bei denen mir immer wieder schwindelig wird.

Was tun? Die Agenturen für Arbeit sowie die Arbeitsgemeinschaften der Kommunen und der Agenturen für Arbeit versuchen, in einem Mix aus Fördern und Fordern möglichst viele Arbeitslose wieder in Arbeit zu bringen. Dabei geraten allerdings Repressionen immer wieder in den Vordergrund und das Fördern der Arbeitslosen zu sehr in den Hintergrund.

Ist es zu schaffen, dass Massenarbeitslosigkeit abgebaut wird und dass möglichst viele einer Beschäftigung nachgehen, von der sie auch leben können?

Oder müssen wir uns mit dem Zustand der Massenarbeitslosigkeit trotz wirtschaftlichen Aufschwungs und leichter Entspannung am Arbeitsmarkt abfinden?

Sollten wir vielleicht auch die Existenzsicherung und Erwerbsarbeit voneinander trennen?

Wir GRÜNE diskutieren und streiten schon lange intern, aber auch mit an-

deren Parteien und Organisationen über das bedingungslose Grundeinkommen. Ist es ein radikaler Schritt, der Bürokratie abbaut und der den Menschen von der Pflicht zur Erwerbsarbeit befreien kann?

Oder kann der heutige Sozialstaat mit einer verbesserten Grundsicherung, durch mehr Fördern statt Fordern, umgebaut werden?

Die Schwerpunktseiten in diesem Heft informieren über die Vor- und Nachteile einer GRÜNEN Grundsicherung oder eines bedingungslosen Grundeinkommens. Darüber hinaus gibt es eine Reihe weiterer Themen mit GRÜNEM Anstrich zu lesen.

Viel Spaß dabei.

Es grüßt recht herzlich,



Ulrich Langhorst
Sprecher Kreisverband Dortmund



*„Gleich, was am Ende der Suche steht:
Im Mittelpunkt aller Überlegungen beim Umbau
des Sozialstaats muss allerdings die Frage nach
der Würde eines jeden Menschen stehen!“*

SOZIAL - POLITIK

Interview mit Markus Kurth
..... Seiten 4 und 5

**Eine bestechend einfache
Alternative,
Gastbeitrag von Ute Fischer**
..... Seite 6

Was behindert Menschen?
..... Seite 7

**GRÜNE Köpfe -
Die Ratsfraktion stellt sich vor**
..... Seiten 8 und 9

**Armut mildern - kommunale
Sozialpolitik in Dortmund**
..... Seiten 10 und 11

Magazin
..... Seiten 12, 13 und 14

Große Brüder schnüffeln gerne
..... Seite 15

Termine
.....Seite 16

Impressum

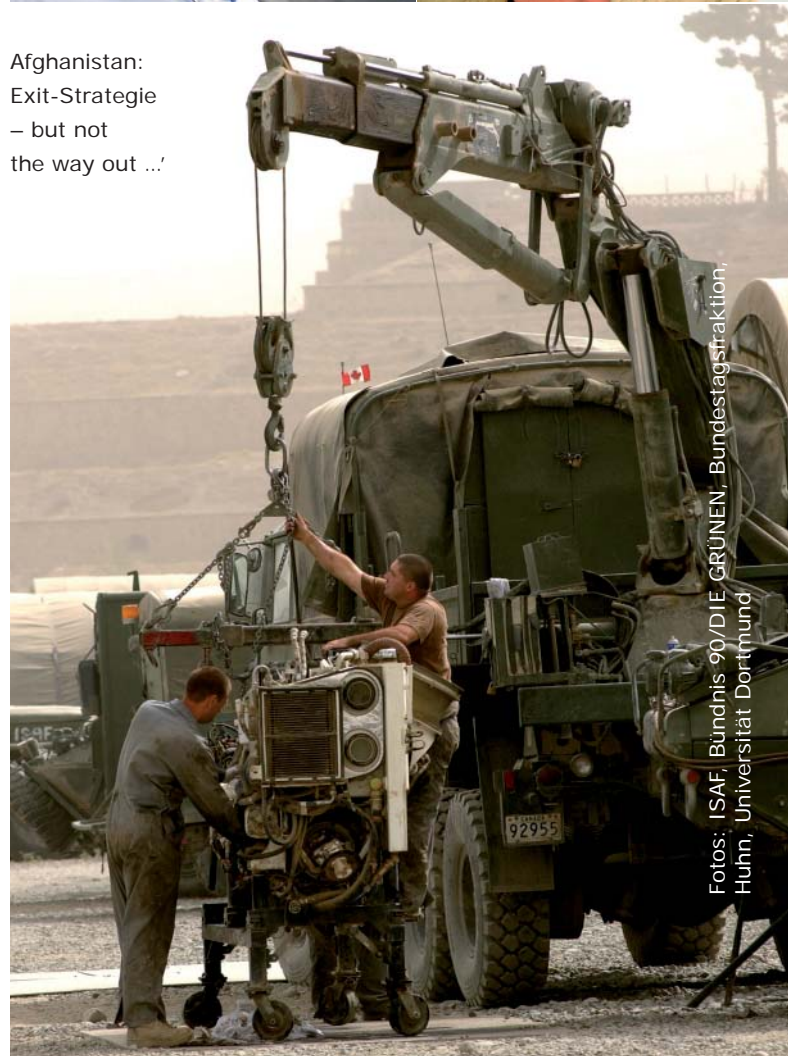
GRinDo ist eine Publikation von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Kreisverband Dortmund
Ruhrallee 44, 44139 Dortmund
(Herausgeber)
0231- 12 11 71,
info@gruene-dortmund.de,
www.gruene-dortmund.de,
v. i. S. d. P.: Hilke Schwingeler (HS)
(Sprecherin) und Ulrich Langhorst
(UL) (Sprecher). Mit Beiträgen von
Barbara Brunsing (BB),
Matthias Dudde (MD),
Verena Gabriel (VG),
Ulrich Langhorst (UL) und
Hilke Schwingeler (HS)
Redaktion und Layout:
Markus Magaschütz (MM),
Druck: Druckwerk GmbH, Dortmund
Auflage: 1.000 Exemplare
Die Abgabe ist kostenfrei.



Arbeit oder Armut? GRÜNE Grundsicherung oder
bedingungsloses Grundeinkommen?
Zur Debatte trugen Markus Kurth und Dr. Ute Fischer bei.



Afghanistan:
Exit-Strategie
– but not
the way out ...'



Das Ende des Sozialstaates?

Ein Gespräch mit Markus Kurth (MdB) über die GRÜNE Grundsicherung

GRinDO: Im Dezember 2003 hast Du gegen Hartz IV gestimmt und bist als „Abweichler“ gebrandmarkt worden. In der gegenwärtigen Debatte um die Zukunft des Sozialstaats werfen Dir die Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens vor, Du seiest ein Verteidiger von bestehenden, unzulänglichen Sozialgesetzen.

Markus Kurth: Beim Arbeitslosengeld II haben sich viele meiner damaligen Befürchtungen leider bestätigt. So war zum Beispiel absehbar, dass die Formulierung „Jede Arbeit ist zumutbar“ zu sinkenden Löhnen und zu Lohndumping führen würde.

Auch der Zahlbetrag des ALG II war und ist skandalös niedrig. Besonders für Kinder wird es von Jahr zu Jahr bitterer. In NRW lässt es die Landesregierung sogar zu, dass Kinder aus ALG II-Haushalten ohne Schulbücher bleiben. Wenn nicht – wie im Rot-Grün regierten Dortmund - die Kommunen einspringen, ersetzen lose kopierte Blätter das Schulbuch. Eine Schande! Leider ist der Sozialstaat viel zu lange nur als Moloch diffamiert worden, so dass es derartige Sichtweisen schwer haben.

GRinDO: Haben nicht auch Bündnis 90/DIE GRÜNEN und hast nicht auch Du den Sozialstaat als schwerfällig und bürokratisch kritisiert?

Markus Kurth: Dass staatliche Regelungen Selbstbestimmung der Menschen behindern, habe ich schon immer kritisiert. Es ist etwa nicht einzusehen, warum zeitlich umfangreiches ehrenamtliches Engagement zum Verlust der Arbeitslosenunterstützung führt. Es kann doch nicht wahr sein, dass man zu Hause sitzend dem „Arbeitsmarkt zur Verfügung steht“ und Geld bekommt, bei ganztägiger ehrenamtlicher Hausaufgabenhilfe hingegen nicht. Ansonsten gibt es ziemlich unterschiedliche Ausprä-

gungen. Hier in Dortmund existieren z.B. sehr rege lokale Beschäftigungsinitiativen, die sich immer wieder mit guten Projekten zur Beschäftigungsförderung von Langzeitarbeitslosen und arbeitslosen Jugendlichen hervorsetzen. Gleichzeitig kommt es bundesweit leider oft vor, dass Maßnahmen für Arbeitslose solchen Unternehmen übertragen werden, die zwar für die Jobcenter billig sind, aber weder über Ortskenntnis noch über kompetentes Personal verfügen. Das sind Dinge, die man politisch ändern kann. Deswegen stelle ich aber nicht den Sozialstaat insgesamt in Frage. Wenn mein Fahrrad einen Platten hat, schmeiße ich es doch nicht weg, sondern flicke es.

GRinDO: Mittlerweile sieht die Mehrheit der GRÜNEN Mitglieder die Arbeitsmarktreformen sehr kritisch - insbesondere Hartz IV. Einige wollen jetzt einen radikalen Neuanfang.

Markus Kurth: Es geht um nicht weniger als die Neukonzeption einer Grundsicherung gegen Armut und Ausgrenzung. Längst sind nicht mehr nur die so genannten „Unterschichten“ von Arbeitslosigkeit, unsicheren Einkommensverhältnissen und mangelnder Teilhabe am gesellschaftlichen Leben betroffen. Immer mehr Menschen – zunehmend auch solche mit hochwertigen Abschlüssen und erfolgreichen Berufswegen – spüren, dass ihre Erwerbsbiographie verwundbar ist.

GRinDO: Da kann doch ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle nur helfen?

Markus Kurth: Ich bin für eine existenzsichernde und verlässliche Einkommensgarantie. Aber nur im Notfall und abhängig von Einkommen und Vermögen.

Zuerst muss der Regelsatz an die tat-

sächlichen Lebenshaltungskosten angepasst werden. Von 207 Euro im Monat plus Wohnkosten kann man kein 13-jähriges Kind durchbringen. Verschiedene Berechnungen legen eine Erhöhung von mindestens 20 % nahe; bei Kindern sogar etwas mehr. Zweitens ist ein Wunsch- und Wahlrecht einzuführen, das vor Zuweisung durch die Behörde geht. Mitwirkung an selbst gewählten Vorhaben ist schlichtweg effizienter, weil sie die Motivation fördert und die Mitwirkenden auf „ihr“ Vorhaben verpflichtet. In der Arbeitswelt wirkt dieser simple Mechanismus millionenfach. Es ist nicht einzusehen, warum bei Langzeitarbeitslosen darauf verzichtet wird. Zu oft bieten die Beratungsgespräche in den meisten Jobcentern keine Handlungsmöglichkeiten für die Betroffenen.

GRinDO: Und welche Rolle spielen Sanktionen?

Markus Kurth: Die Sozialpolitik darf nicht darauf abzielen, Folgsamkeit zu erzwingen. Vielmehr sind Räume der Befähigung zu schaffen. Unser Problem ist doch nicht, dass Menschen nicht arbeiten wollen. Das zeigt allein der Ansturm auf die nicht gerade üppigen „Ein-Euro-Jobs“. Sanktionen heben die Ursachen von Ausgrenzung nicht auf.

Solange Arbeitslose nicht auf hochwertige Bildungsangebote und öffentlich geförderte Beschäftigungsmöglichkeiten zurückgreifen können, sind Sanktionen auszusetzen.

GRinDO: Da bist Du von einem bedingungslosen Grundeinkommen nicht weit entfernt?

Markus Kurth: Mich irritiert bei der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens vor allem dieser Glaube daran, alle Probleme mit der Zahlung eines Geldbetrags in den Griff

bekommen zu wollen. Sozialer Ausschluss soll sich durch die Einkommensgarantie von selbst erledigen. Bildung und Erwerbsarbeit sind nicht durch eine *Dauerrente* zu ersetzen. Der Ausschluss aus dem Arbeitsleben löst keinen Mobilisierungsschub aus, sondern das genaue Gegenteil.

Ich frage: Was soll zum Beispiel ein junger arbeitsloser Mensch ohne Ausbildungsplatz und mit mittelmäßigem Schulabschluss mit einem bedingungslosen Grundeinkommen anfangen? Wie wird er sich voraussichtlich verhalten? Verhilft ihm die lebenslange Alimentation zu gesellschaftlicher Anerkennung und Einbindung in die Gesellschaft?

Das bedingungslose Grundeinkommen ist genau deswegen auch für Neoliberale attraktiv, weil sich scheinbar mit einem Schlag all die lästigen Folgeerscheinungen sozialer Spaltung und die Aufwendungen zu ihrer Behebung erledigen. Das Grundeinkommen ist das Ticket zur finalen Stilllegung der Sozialpolitik.

GRINDO: Das muss doch nicht sein. Man kann doch das eine tun und das andere nicht lassen?

Markus Kurth: Verteilungsentscheidungen werden immer unter den Bedingungen enormer Knappheit getroffen. Wenn ich Geld für ein Grundeinkommen ausbebe, muss ich rechtfertigen, warum auch noch ein System professioneller, flächendeckender Kinderbetreuung zu finanzieren sei. Schließlich stünde es den Eltern doch frei, sich dank des Grundeinkommens um ihre Kinder zu kümmern. Es dürfte schwer sein, gegen diese Argumente den Wert professioneller frühkindlicher Bildung zu betonen, wenn diese zusätzliche Kosten verursacht. Gleiches gilt für die Jugendpolitik, die Behindertenpolitik, den Bereich der Pflege und viele andere Felder mehr.



Ich folge dem Grundsatz: Niemand darf verloren gehen und niemand verloren gegeben werden! - Markus Kurth, Mitglied der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag.

GRÜNE GRUNDSICHERUNG:

Eine GRÜNE Grundsicherung soll ein menschenwürdiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Die zu zahlende Leistung soll der Höhe des soziokulturellen Existenzminimums entsprechen. Denkbar ist ein Regelsatz zwischen 390 und 460 Euro plus Kosten der Unterkunft.

Entgegen der jetzigen Praxis wollen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dass in Zukunft Kostensteigerungen (z.B. bei den Gesundheitskosten, Energiepreisen, Mehrwertsteuererhöhungen, etc.) durch die Anhebung der Regelleistung ausgeglichen werden. Die Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung ist sichergestellt. Um die Ausgrenzung und Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen aus hilfebedürftigen Familien zu verhindern, müssen für sie neben der Zahlung der Regelleistung auch zusätzliche Leistungen gewährt werden können. Dazu sind fallweise Sachleistungen erforderlich, die der körperlichen, geistigen und sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen dienen. Dazu zählen zum Beispiel die Übernahme der Kosten für Lernmittel, Schulmahlzeiten und die Inanspruchnahme von Sportangeboten, Musikschulen und Bibliotheken.

BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN:

Bei einem bedingungslosen Grundeinkommen soll jede/r BürgerIn einen Betrag ohne Prüfung seiner Einkommensverhältnisse und seines Bedarfes erhalten. Auch Gegenleistungen sind nicht gefordert. Der Betrag soll an alle - Kinder, Erwerbstätige, RentnerInnen, Arbeitslose - gezahlt werden. Alle anderen Sozial- und Transferleistungen fallen weg. Über die Höhe des Betrages gib es unterschiedliche Vorstellungen von 600,00 bis 1.500,00 Euro. Bekanntester Befürworter ist Götz Werner, Inhaber der Drogeriemarktkette dm. Die Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ streitet seit 2003 in der Öffentlichkeit für ein bedingungsloses Grundeinkommen.



Eine bestechend einfache Alternative!

Ein Gastbeitrag von Dr. Ute Fischer,
Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“

Ein bedingungsloses Grundeinkommen, wie wir es vorschlagen, ist eine bestechend einfache Alternative zur sozialen Sicherung, wie wir sie bisher kennen:

- Es stellt einen individuellen Rechtsanspruch unabhängig vom Familienstand dar. Es schafft die finanzielle Unabhängigkeit von Männern und Frauen und erfüllt eine alte gleichstellungspolitische Forderung.

- Seine Höhe ist entscheidend: Es soll ein Leben in Würde, nicht bloße Armutssicherung gewährleisten. Es muss so hoch sein, dass ein jeder sich wirklich frei entscheiden kann, sich dort zu engagieren, wo immer der Einzelne es für sinnvoll hält. Es stellt jedem frei, einer Erwerbsarbeit nachzugehen oder nicht.

- Der Bürger wird als Zweck an sich anerkannt. Seine fundamentale Bedeutung für das Gemeinwesen kommt durch das Grundeinkommen zum Ausdruck – bedingungslos.

Dieser Vertrauensvorschuss sichert die Solidarität untereinander und die Loyalität zur Gemeinschaft.

Eine Mogelpackung?

Verstärkt das bedingungslose Grundeinkommen die Kluft zwischen Arm und Reich? Speist es nicht die für den Arbeitsmarkt *Verlorenen* mit einer *Stillhalteprämie* ab? Verleitet es nicht zur traditionellen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau? Oder führt es gar in den wirtschaftlichen Bankrott des Landes? So lauten die üblichen Zweifel an diesem Vorschlag.

Doch im Gegenteil: Alle Versuche, durch „aktivierende“ Arbeitsmarktpolitik möglichst alle in Erwerbsarbeit zu drängen, haben verheerende Folgen:

Alle jene, die keine Erwerbsarbeit finden, werden gedemütigt und stigmatisiert. Kontrolle und Arbeitszwang, Misstrauen in den Einzelnen, Lei-

stung nur für Gegenleistung sind die Maßnahmen und Überzeugungen, die den Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe und Anerkennung erst bewirken. Entmutigung und Resignation sind Folgen einer Politik, die den Wert des Einzelnen an seiner Erwerbsleistung misst. Die vielfältigen Möglichkeiten, sich für die Gemeinschaft einzusetzen, einen sinnvollen Platz darin zu finden, gelten als minderwertig, obwohl wir wissen: ohne Familien, Ehrenamt und Loyalität der Bürger wäre unser Land nichts. Fähigkeiten werden verschwendet, Einsatzbereitschaft wird blockiert.

Vielfältige Chancen

In einem bedingungslosen Grundeinkommen wäre das Geld, das in den letzten 30 Jahren ohne durchschlagenden Erfolg in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gesteckt wurde, sinnvoller eingesetzt. Es eröffnet neue Möglichkeiten:

- Anerkennung und Integration: Die Vorherrschaft der Erwerbsarbeit wird aufgehoben. Alle Bereiche des Lebens, Familie, Beruf und Gemeinwesen, werden als gleichwertig anerkannt. Sie bilden den Boden für gesellschaftliche Integration und Anerkennung. Der Einzelne – egal ob arm oder reich, jung oder alt, Mann oder Frau, gut qualifiziert oder weniger – kann einen sinnvollen Beitrag dort leisten, wo es ihn hinzieht.

- Arbeitsleistung und Engagement werden steigen. Wer motiviert ist, weil er seinen Interessen und Fähigkeiten frei folgen kann, der leistet mehr. Wer zusätzlich zum Grundeinkommen einer bezahlten Arbeit nachgehen will, findet bessere Möglichkeiten dazu. Durch eine starke soziale Sicherung wird die Wirtschaft dynamischer und flexibler. Der Schritt in die Selbständigkeit wird leichter, Ideen können ohne Existenzsorgen entwickelt und

erprobt werden. Auch geringfügig entlohnte Tätigkeiten lohnen sich. Arbeitsbedingungen werden besser, denn der Arbeitgeber muss sich um geeignete Mitarbeiter bemühen. Arbeitnehmer sind nicht mehr unter allen Umständen genötigt, Geld zu verdienen.

- Familien werden bestmöglich unterstützt, so wie sie es als Fundament unserer Gemeinschaft verdienen. In der Familie wird das Kind und der Heranwachsende um seiner Selbst willen anerkannt. Hier werden Neigungen und Fähigkeiten ausgebildet. Es werden die Grundlagen gelegt für ein selbstbestimmtes Leben, für Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft. Es versetzt die Eltern in die Lage zu entscheiden, wie viel Zeit und Energie sie ihren Kindern widmen und inwieweit sie anderen, beruflichen, gemeinwohlbezogenen Tätigkeiten nachgehen wollen. Das bedingungslose Grundeinkommen fördert die Gleichstellung von Mann und Frau, auch indem es die Aufgabenteilung zwischen den Eltern von Zwängen befreit.

Eine Utopie?

Ja, das bedingungslose Grundeinkommen ist eine Utopie, aber eine realistische. Denn es baut auf dem auf, was wir schon heute eingerichtet haben: Wir setzen Vertrauen in die Loyalität der Bürger zu unserer politischen Ordnung und demokratischen Verfassung. Wir schreiben niemandem vor, dass er wählen gehen oder einen bestimmten Beruf ergreifen soll. Wir setzen auf die Selbstbestimmung des Einzelnen, auf seine Mündigkeit und seine Entscheidungsfähigkeit. Das tun wir in dem Wissen darum, dass ein Gemeinwesen nicht durch Zwang bestehen kann. Nur die Förderung und Stärkung der freien Entscheidung führen uns in die Zukunft.

Was behindert Menschen?

„Menschen sind nicht behindert, sie werden behindert“. Gesunden fällt kaum auf, welche Barrieren Menschen behindern. Erst der Spaziergang mit einem mobilitätseingeschränkten Menschen, den Eltern, oder mit Gipsbein, Augenklappe u.ä. ermöglicht, die Hürden zu erkennen und Behinderte zu verstehen.

Eine Begehung mit Behindertenverbänden öffnet Einblicke. Der Ortsverband Hombruch traf sich hierzu mit dem Aktionskreis DER BEHINDERTE MENSCH IN DORTMUND.

Der Startpunkt war am 5. Juni 2007 das Gelände an der Universität. Schon unter der Mensa-Brücke fehlte die barrierefreie Überquerungsmöglichkeit des Vogelpothsweges. Selbst für Menschen ohne Handicap ist es aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens schwierig, die Straße an dieser Stelle zu überqueren.

Auf dem Weg durch das Studentendorf mussten wir feststellen, dass selbst kleinste Bodenunebenheiten, verursacht durch Wurzeln, für RollstuhlfahrerInnen oder Menschen mit Rollator schwierig zu passieren sind. Die Einmündung der Feldhofstraße in den Vogelpothsweg ist so häufig überteert worden, dass kein Bordstein mehr vorhanden ist. Für sehbeeinträchtigte bzw. blinde Menschen gibt es dort keine Orientierungsmöglichkeit mehr. Der Unterschied zwischen Fahrbahn und Gehweg kann nicht erastet werden.

Gefahrenschungel

Überhaupt ist Groß-Barop für sehbeeinträchtigte Menschen eine gefährliche Ecke: Es fehlen die Orientierungslinien, nicht nur an den Fußgängerüberwegen und an Bushaltestellen. An den Ampeln vermissen wir die akustischen Signale.

Mit dem „Langstock“ suchen blinde Menschen nach Hindernissen und Orientierung, vornehmlich in Bodennähe (max. Höhe 10 cm). Schon ein in den Gehweg rankender Strauch oder Ast kann eine böse Überraschung sein.

Ähnlich ist es bei Schildern und Briefkästen, die auf Höhe des Kopfes bzw. der Brust angebracht sind.

Für die Mitglieder des Aktionskreises entpuppte sich der Spaziergang durch Barop schnell als ein Hindernisparcour. Wir GRÜNE stellten fest, dass ein für uns alltäglicher Weg nicht für alle problemlos zu bewältigen ist. Selbst beim neu angelegten Fußweg zur Wohnsiedlung *Korte Geitke* ist das Umlaufgitter so eng gesetzt, dass RollstuhlfahrerInnen nur mit Mühe oder gar nicht durchkommen.

Der Fußweg selbst weist eine so starke Neigung auf, dass manche RollifahrerIn ihr Ziel schneller erreicht, als ihr lieb sein kann.

In den Fahrplänen der DSW 21 fehlen die Angaben, wann barrierefreie Fahrzeuge eingesetzt werden. Dies macht die Wegeplanung für Menschen mit Behinderung schwierig. Entweder sie begeben sich zu früh auf den Weg, oder sie wählen einen Umweg mittels eines garantiert barrierefreien Verkehrsmittels.

In Barop ist auf dem Weg zur Barrierefreiheit noch viel zu tun. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen gemeinsam mit dem Arbeitskreis auf die jeweiligen Akteure zugehen und die erkannten Probleme ansprechen. Auch in den Bezirksvertretungen und Ratsausschüssen gilt es, die Beseitigungen der Behinderungen voranzutreiben. Für uns ist klar: Ortsbegehungen mit ExpertInnen werden fester Bestandteil des politischen Handelns. BB



**Unsicher!
Solche Wege
behindern
Menschen-
hier am
Vogelpothsweg.**

§ 4 Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) definiert:

„Barrierefrei sind bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche, wenn sie für behinderte Menschen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe, zugänglich und nutzbar sind.“

Aktionskreis Der behinderte Mensch in Dortmund, Arbeitsgruppe „Kultur, Verkehr, Freizeit“
Esther Schmidt, 0231/8 04 23 37,
esther.schmidt@gmx.net

GRÜNE Köpfe im Dortmunder Stadtrat

1. MARIO KRÜGER, 50, Dipl. Ingenieur, Mitglied im Ältestenrat, Immobilien-, Haupt- und Finanzausschuss, Fraktionssprecher der Grünen in der Verbandsversammlung des VRR, Mitglied in den Aufsichtsräten des Verkehrsverbandes Rhein Ruhr, der DSW21, der DEW21 und Aufsichtsratsvorsitzender der Dortmund Hafen AG, Mitglied im Steuerkreis „dortmund-projekt“ und der Citykonferenz, Mitglied in den Beiräten der Gelsenwasser AG und des Verbandes der ehemaligen VEW-Aktionäre GmbH. **Ich möchte erreichen, dass sich Dortmund zu einer sozialen, nachhaltigen und offenen Stadt weiterentwickelt.**

2. BIRGIT UNGER, Geschäftsführerin, Vorsitzende Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit, Haupt- und Finanzausschuss, Ältestenrat, Rechnungsprüfungsausschuss, Stellv. Mitglied im Kinder- und Jugendausschuss, Stellv. Mitglied Betriebsausschuss FABIDO, Aufsichtsrat Dortmunder Dienste gGmbH, Trägerausschuss der ARGE, Verwaltungsrat Sparkasse Dortmund. **Ich möchte erreichen, dass mehr DortmunderInnen einen Dortmund-Pass erhalten und dass es mehr Fahrdienste für jugendliche Menschen mit Behinderung geben wird.**

3. WOLFRAM FREBEL, Kriminalbeamter, Stellvertretender Vorsitzender Kinder- und Jugendausschuss, Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit, Betriebsausschuss FABIDO, Aufsichtsrat Projektgesellschaft Gneisenau, Aufsichtsrat Westfalenhallen.

4. BARBARA BLOTENBERG, Bankkauffrau, Schulausschuss, Ausschuss für die städtische Immobilienwirtschaft, Beirat Forensik, AR Flughafen. **Ich möchte eine gesunde Bio- Mittagsverpflegung und Aufenthaltsqualität bei Ganztagsunterricht weitgehend verbindlich durchsetzen.**

5. JÜRGEN KUHLMANN
Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden, Schulausschuss, Wahlprüfungsausschuss, Technologiezentrum.

6. JÜRGEN BRUNSING, freiberuflicher Stadt-, Verkehrs- und Freizeitplaner, Ausschuss für Kultur, Sport, Freizeit, Rechnungsprüfungsausschuss, Wahlprüfungsausschuss, Polizeibeirat. **Ich möchte eine stärkere Verzahnung von Stadt(teil)festen und anderen Veranstaltungen mit lokalen Kulturschaffenden und Dortmunder SportlerInnen durchsetzen.**



Zehn Stadträte und drei Sachkundige BürgerInnen und Bürger engagieren sich im Dortmunder Stadtparlament für GRÜNE Politik in Dortmund. In GRinDO nennen sie ihre Themenschwerpunkte und Ziele.

7. BIRGIT POHLMANN-ROHR,

Dipl. Ing. Stadtplanerin,
Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen,
Aufsichtsrat DoGeWo, Beirat Phoenix Ost.

Mein Ziel ist es, das Thema Ökologie und Energieeffizienz im Bereich Bauen und Wohnen mit dem Begriff Innovation so zu verbinden, dass sie nur noch als Paar gesehen werden können.

8. MARTIN TÖNNES, Wissenschaftlicher Mitarbeiter,
Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen,
Ausschuss für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. **Ich möchte durchsetzen, dass Aufträge der Stadt Dortmund konsequent nur noch an Unternehmen vergeben werden, die Verantwortung für Jugendliche übernehmen und ausbilden.**

9 HELGA HILBERT, Foto-Designerin,
Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit,
AusländerInnenbeirat.

10. INGRID REUTER, freiberufliche Sachbuchredakteurin,
Stellvertretende Vorsitzende im Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung, Wohnen; Gestaltungsbeirat.
Ich möchte erreichen, dass eine regionale Umweltzone geschaffen wird, die für eine spürbare Reduzierung der Luftbelastung sorgt.

11. FRIEDRICH ROESNER,
Sachkundiger Bürger: Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit.

MARTINA STACKELBECK, Diplom Volkswirtin,
Ausschuss für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung.

SEBASTIAN NEUMANN, Auszubildender, Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden. **Ich möchte Kommunalpolitik in Dortmund weiterhin jung, grün und kritisch mitgestalten.**

Fragen und Anregungen richten Sie bitte an die Fraktionsgeschäftsstelle!

12. PETRA KESPER,
Telefon: 0231 50 2 20 77
Email: p.kesper@gruene-do.de

13. STEFAN NEUHAUS,
Telefon: 0231 50 2 20 79
email: s.neuhaus@gruene-do.de

MANUELA MEYER,
Telefon: 0231 50 2 20 78
email: m.meyer@gruene-do.de



Foto: Martina Hengesbach

VRR

SozialTicket

DSW21

DSW21

MOBILITÄT FÜR ALLE!

DSW21

012345678 9101112 13141 **DSW21**

ab 01.2008?

Armut mildern!



In Dortmund leben 70.000 Menschen unterhalb oder an der Armutsgrenze und ca. 23.000 Kinder unter 15 Jahren von Hartz IV.

Was kann kommunale Sozialpolitik dem entgegenhalten?

Die Möglichkeiten sind durch landes- und bundespolitische Entscheidungen begrenzt.

Dennoch erringen Dortmunder GRÜNE immer wieder Erfolge in der kommunalen Sozialpolitik.

„Wir setzen uns für eine Stadt ein, in der alle Menschen gleiche Chancen und Möglichkeiten erhalten, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen“, so steht es in der Kooperationsvereinbarung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD.

Birgit Unger, Fraktionssprecherin der GRÜNEN und Vorsitzende des Sozialausschusses, erläutert: „Sozialpolitik ist mehr als Armutsbekämpfung. Aber wer gleiche Chancen und Möglichkeiten für alle will, muss der Bekämpfung von Armut oberste Priorität einräumen. Ein Ziel GRÜNER Sozialpolitik ist es deshalb, der Aufteilung der Stadt in eine arme und eine reiche Bevölkerung entgegenzutreten.“

Ein wichtiger sozialpolitischer Baustein ist der *Bericht zur sozialen Lage in Dortmund*. Er soll in diesem Herbst konkrete Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit aufzeigen.

Zuvor hatte Rot-GRÜN ein Projekt zur Unterstützung von Kindern alkoholkranker Eltern beschlossen. Insbesondere für Langzeitarbeitslose hat sich die materielle Situation in den letzten Jahren an vielen Stellen dramatisch verändert.

Zwangsumzüge verhindern

Mitte 2007 gab es in Dortmund insgesamt über 31.000 Frauen und Männer, die von Arbeitslosengeld II leben mussten. Sie leben mit ihren (Ehe-)Partnern und Kindern in fast 42.000 Bedarfsgemeinschaften.

In über 9000 Fällen ist ihre Miete zu hoch, ihnen droht(e) ein Zwangsumzug aus ihrer bisherigen Wohnung und ihrem vertrauten Umfeld. Die GRÜNE Ratsfraktion initiierte 2006 einen Kriterienkatalog, der die Zwangsumzüge in den meisten Fällen verhinderte. GRÜNE überzeugten hierbei die SPD. Birgit Unger: „Unser Ziel war es, die Umzüge auf ein unabdingbar notwendiges Minimum zu begrenzen und soziale Härten zu vermeiden. Wir haben deshalb beschlossen, diejenigen Fälle von einer Umzugsaufforderung auszunehmen, deren Kosten geringfügig über der Angemessenheitsgrenze

liegen. Von dieser Regelung konnten über 6500 der insgesamt 9000 Bedarfsgemeinschaften mit zu hohen Kosten profitieren. Sie mussten nicht umziehen.“

Rot-GRÜN ergänzte viele soziale Kriterien, die ebenfalls für einen Verbleib in der bisherigen Wohnung sprechen, zum Beispiel für kranke oder schwerbehinderte Menschen oder Familien mit schulpflichtigen Kindern. Auch von diesen Regelungen konnten bisher zusätzlich mehrere hundert Bedarfsgemeinschaften profitieren. Birgit Unger: „Der größte Teil der betroffenen Frauen, Männer und Kinder kann aufgrund der von uns initiierten Regelungen in ihren bisherigen Wohnungen wohnen bleiben.“

Bildungschancen eröffnen

Eingegriffen haben GRÜNE und SPD auch bei den Kosten der Lehrmittel für Kinder von ALG-II-EmpfängerInnen. Die Regelsatzpauschale sieht kein Geld für Schulbücher vor. Das Land hat einen entsprechenden Zuschuss gestrichen. Viele Familien können somit die Schulbücher ihrer Kinder nicht mehr finanzieren. Ohne Schulbücher würde ausgerechnet diesen Schülern der Zugang zu Bildung noch deutlicher erschwert. Die Stadt übernimmt deshalb mit jährlich 300.000 Euro diesen Eigenanteil.

Auch die Förderung der sozialen Chancengleichheit von BürgerInnen mit Migrationshintergrund ist GRÜNEN wichtig. Die Ratsfraktion setzte einen *Masterplan Integration* durch. Dieser bündelt Maßnahmen, die die Defizite und Benachteiligungen der fast 80.000 DortmunderInnen mit Migrationshintergrund abbauen und gleichzeitig die mit der Zuwanderung verbundenen Chancen für die gesamte Stadt nutzen sollen. Dabei stehen Schule, Ausbildung und Beschäftigung an erster Stelle.

Eine erkennbare Verbesserung der Situation für allein stehende obdachlose Männer hat es durch die von GRÜNEN und SPD beschlossene Übertragung der Übernachtungsstel-

le für Wohnungslose an der Unionstrasse an einen externen Betreiber gegeben. Hier gibt es inzwischen auch eine sozialarbeiterische Betreuung und Beratung direkt vor Ort. Es ist so gelungen, mehrere bisher obdachlose Männer in Wohnungen zu vermitteln. Ein Teil der eingesparten Gelder fließt direkt in andere wohnungsintegrative Hilfen. So werden zum Beispiel im Projekt „Wohntraining“ bisher obdachlose Frauen und Männer in Wohngruppen von Sozialarbeitern begleitet. Das Ziel: eine eigene Wohnungsanmietung.

Mobilität ermöglichen

Um die Situation von ALG-II –EmpfängerInnen und anderer einkommensschwacher Personengruppen in der Stadt zu verbessern, fordern die GRÜNEN die Einführung eines Sozialtickets für die Nutzung von Bussen und Bahnen. Denn im Regelsatz für BezieherInnen von Arbeitslosengeld II ist dafür lediglich ein Betrag von 14,03 Euro vorgesehen. Das reicht gerade mal für zwei 4er-Tickets der Preisstufe A für Erwachsene. An ein reguläres Ticket 1000 oder Ticket 2000 ist erst gar nicht zu denken.

Birgit Unger begründet: „Es ist nicht in Ordnung, wenn einerseits Urlaubsflüge vom Dortmunder Flughafen nach Mallorca hoch subventioniert werden, während gleichzeitig viele ärmere Menschen nicht mal die Möglichkeit haben, mit der Straßenbahn von Brackel nach Dorstfeld zu kommen.“

Folgen der Bundespolitik

Die genannten Maßnahmen und Leistungen bekämpfen Armut mit begrenzten Mitteln. Unterm Strich ist kommunale Sozialpolitik der Versuch, vor Ort die Auswirkungen abzumildern. Kommunale Sozialpolitik ist jedoch von der Landes- und Bundespolitik abhängig.

Die Auswirkungen einer solchen Politik sind zwar auf kommunaler Ebene zu spüren, von dort aber nicht grundsätzlich zu korrigieren. MM



Afghanistan: Exit-Strategie – ,but not the way out ...'

*Sonder-BDK in Göttingen am
15.09.2007 auch auf Druck der
Dortmunder GRÜNEN.*



Durch den Krieg in Afghanistan haben wir alle Verantwortung auf uns genommen. Ob dieser Krieg nicht von Anfang an eine falsche Strategie war, ist angesichts der Lage in Afghanistan müßig zu hinterfragen. Es ist aber die Frage zu stellen, ob der *Friedens-Einsatz* der Bundeswehr in Afghanistan nicht nur teuer, sondern auch extrem kontraproduktiv ist.

Den Menschen in Afghanistan ist es kaum zu verübeln, dass sie angesichts der Entwicklungen im Lande auch die Präsenz deutschen Militärs zunehmend als Angriff auf ihre Würde begreifen und dass sie nicht verstehen, dass ihnen Frieden und Demokratie mit immer mehr Opfern in der Zivilbevölkerung im Kampf gegen die Taliban gebracht werden sollen.

Kriegsführung ohne politische Nachkriegsstrategie ist grundsätzlich ein Fehler, besonders in einem Land wie Afghanistan, an dem sich diverse *Eroberungslustige* schon *die Zähne ausgebissen haben*. Und wer schon nicht aus der Geschichte lernen will, sollte es mit einem Blick in den Irak versuchen.

Abgesehen davon, dass wir alle gut daran tun, beim dringend notwendigen ‚Menschenrechte-Transfer‘ nicht außer Acht zu lassen, dass die Menschen überall ihre Geschichte haben, auf die es aufzubauen gilt.

Nehmen wir die Verantwortung an, entwickeln wir schnell eine behutsame militärische Exit-Strategie, bauen wir zusammen mit den Menschen in Afghanistan eine Zivilgesellschaft auf ohne militärische Präsenz von außen und kommunizieren wir diese Politik in Afghanistan – so wird aus dem ‚Way out‘ ein ‚Way in‘, der global Vorbildfunktion haben könnte ...

Und kommen wir auf der BDK in Göttingen zu einer militärischen Exit-Strategie, die wir uns nicht nur deshalb erlauben können, weil wir nicht in Regierungsbeteiligung sind, sondern weil eine solche Strategie unserer politischen Würde entspricht – nicht mehr und nicht weniger!

www.afghanistan.gruene.de

HS

Tod auf Raten

Die Änderungen beim § 107 der Gemeindeordnung führen nach Ansicht der Dortmunder GRÜNEN zu einem Tod auf Raten der kommunalen Betriebe.

Die schwarzgelbe Landesregierung plant unter dem Motto „Privat vor Staat“, die wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten der Kommunen einzuschränken. Demnach müssen Kommunen in Zukunft nachweisen, dass die Aufgaben nicht von privaten Unternehmen erfüllt werden können. Nur dann sei der dringende öffentliche Zweck gegeben. „Dann bleiben nur solche unattraktiven Aufgaben übrig, die kein privater Dienstleister übernehmen möchte“, prognostiziert Mario Krüger, Sprecher der Dortmunder Ratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Für Dortmund hätte dies die Folge, dass kommunale Unternehmen wie DEW21, Gelsenwasser und EDG erzielte Gewinne nicht mehr in defizitäre Bereiche wie z.B. den öffentlichen Nahverkehr investieren können. Eine Experten-Anhörung im Düsseldorfer Landtag hatte verdeutlicht, dass die Reform des § 107 GO die Monopolstrukturen in der Energie- und Wohnungswirtschaft verstärkt.

www.gruene-nrw.de



Die Kasse klingelt: Bis zu 25 Euro kassiert der Dortmund Airport für jeden abfliegenden Fluggast aus EU-Steuermitteln.

Sind Subventionen zulässig?

Die Europäische Kommission prüft die Flughafen-Subventionen NERES und die Unterstützung des Dortmund Airport durch DSW21.

Unklar ist, ob Neres mit den Vorgaben des Beihilfe- und Wettbewerbsrechts vereinbar ist.

Hintergrund: Der Dortmund Airport kassiert bis zu 25 Euro pro abfliegendem Passagier aus EU-Steuermitteln. Andere Fluggesellschaften sehen sich benachteiligt.

Die DSW1 subventioniert zudem mit Geldern, die sie im Energiesektor erwirtschaftet, den Dortmund Airport. Schreibt der Flughafen Verluste, springt die DSW21 ein.

Somit unterstützen DSW21-Kunden die klimaschädlichen Billigflüge.

In Unna-Massen sammeln selbst Sozialdemokraten Unterschriften gegen den Dortmund Airport.

Ulrich Langhorst, Sprecher der Dortmunder GRÜNEN: „Der Protest zeigt, dass die Belastungen durch den Flughafen nicht an den Stadtgrenzen halt machen. Betroffen von Lärm und Emissionen sind nicht nur Dortmunder Bürgerinnen und Bürger.“

www.fluglaerm.de/dortmund,
www.sgf-do-un.de

Fanprojekt

Auf ihrer NRW-Tour zum Thema Rechtsextremismus kam Monika Lazar (MdB) auch nach Dortmund. Der Gedankenaustausch betraf die neue rechtsextreme Szene und die lokale Arbeit gegen den Rechtsextremismus. Im Mittelpunkt stand der Besuch des Fanprojekts Dortmund e.V. Dort informierte sich Monika Lazar über dessen Arbeit mit rechtsextremen Fans. Rolf-Arnd Marewski vom Fanprojekt sah drei Hauptgründe für gewalttätiges und rechtsextremes Verhalten: Erlebnisorientierung, Verlust jugendtypischer Freiräume und Aufmerksam-

keitssuche. Der pädagogische Leiter warnte: „Stigmatisierung führt zu Mystifizierung. Bei der Arbeit steht der integrative Umgang im Vordergrund.“ Finanziell beteiligen sich Land, DFB und Kommunen an den deutschen Fanprojekten. Problematisch sei die 1/3 Finanzierung durch die Kommunen. In Zeiten von Haushaltssicherungskonzepten ziehen diese sich oft aus der Finanzierung heraus. Fanprojekte ständen dann vor dem Aus.

In Dortmund ist das nicht der Fall. Monika Lazar: „Das Dortmunder Fanprojekt hat Vorbildcharakter für eine sich verändernde lokale Arbeit gegen Rechtsextremismus.“

www.fanprojekt-dortmund.de VG



Monika Lazar,
Mitglied der
Bundestagsfraktion von
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

OV Hombruch

In Dortmunds größtem Stadtbezirk gibt es für GRÜNE Politik viele Ansatzpunkte: Die Renaturierungsmaßnahmen des Emschersystems haben wir Hombrucher GRÜNE zum Anlass genommen, uns mit den Planungen für einen Radweg entlang der Bachufer zu beschäftigen. Nach einer Radtour entlang der Hombrucher Bäche und nach Gesprächen mit dem Fahrradbeauftragten der Emschergenossenschaft und dem Radwegebeauftragten der Stadt Dortmund formulierten wir in der Bezirksvertretung einen Antrag zum Ausbau des Rad- und Fußweges entlang des Emschersystems. Zur Verbesserung der Verkehrssituation am Parkhaus Barop (Stockumer Straße) hatten wir ein Gespräch vor Ort mit der Verwaltung. Da schon kleine Erfolge zu verzeichnen sind, bleiben wir weiter im Gespräch.

Die Experten-Begehungen mit dem Aktionskreis ‚Der Behinderte Mensch‘ in Dortmund wollen wir fortsetzen (s. Seite 7). In einem Gespräch mit den Mitgliedern des Seniorenbeirates in Hombruch informierten wir uns über Sorgen, Nöte und Wünsche Hombrucher SeniorInnen. Durch eine Begehung möchten wir weitere Einblicke in die Lebenswirklichkeit von älteren MitbürgerInnen gewinnen.

Die Umsetzung des Generationen übergreifenden Projektes-W.I.R. (Wohnen Innovativ Realisieren) in Hombruch – Brüninghausen wollen wir zum Anlass nehmen, uns mit dem demografischen Wandel und den Konsequenzen für Hombruch zu beschäftigen. Ferner planen wir, einzelne Themen, z.B. regenerative Energien, Entsiegelung von Wald- und Parkwegen, Naturschutz und Nutzung von Naturschutzgebieten im Rahmen von politischen Tagen zu diskutieren.

Termine: immer Dienstags, 18.09.07, 23.10.07, 20.11.07, 05.12.07, jeweils um 20:00 Uhr, ESG – Dortmund, Am Hedreich 6,

Kontakt: barbara.brunsing@web.de, 0231 / 75 63 28, 0170 4 12 18 60

Abschiebehilfe

Die Dortmunder GRÜNEN zweifeln aufgrund erheblicher Unregelmäßigkeiten an der Legitimation einer Delegation aus Guinea, die erneut Flüchtlinge für deren Abschiebung identifizierte. Diese war vom 18.7. - 3.8. in der Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörde Braunschweig auch für die ZAB Dortmund tätig. Nach Informationen der GRÜNEN war die Delegation kurzfristig personell neu besetzt worden.

Skandalös ist, dass einige Delegationsmitglieder Polizeibeamte des Sicherheitsministeriums sind. Polizeieinheiten, die dem Sicherheitsministerium unterstehen, waren laut Amnesty International an den Menschenrechtsverletzungen in Guinea beteiligt. Die politisch verfolgten Flüchtlinge und Menschenrechtsorganisationen befürchten, dass diese Delegationsmitglieder die in Braunschweig erhobenen personenbezogenen Daten nicht nur zur Identifizierung und Ausstellung der Pass-Ersatzpapiere verwenden. Vielmehr drohen in Guinea nach der Abschiebung von Regime-Gegnern weitere Erkundigungen und Repressionen gegen die Abgeschobenen.

Inzwischen sollen für etwa 60 Flüchtlinge die Pass-Ersatzpapiere ausgestellt worden sein. Viele von ihnen mussten vor ihrer Flucht nach Deutschland Haft und Folter erleiden. Durch die Zusammenarbeit der Ausländerbehörden mit dieser zweifelhaften Delegation ist nun die Abschiebung in ein Land möglich, in dem sich die Menschenrechtslage drastisch verschlimmert hat.

Ulrich Langhorst, Sprecher der Dortmunder GRÜNEN: „Vor diesem Hintergrund verurteilen wir die geplanten Abschiebungen und fordern die Ausländerbehörden auf, die von dieser mehr als fragwürdigen Delegation ausgestellten Pass-Ersatzpapiere nicht anzuerkennen und zu vernichten. Wir erwarten auch einen sofortigen Abschiebestopp nach Guinea.“

www.gruene-dortmund.de/abschiebestopp

Dortmunder GRÜNE fordern, die Abschiebungen nach Guinea zu stoppen. Im Zentrum der Kritik steht die Praxis, Pass-Ersatzpapiere unter Ausschaltung des deutschen Rechts auszustellen. Naheliegend sei auch die Existenz einer Pass-Mafia in Guinea.





Große Brüder schnüffeln gerne Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) forciert wie sein Vorgänger Otto Schily (SPD) den Wandel des freiheitlichen Rechtsstaates hin zum präventiven Sicherheitsstaat. Jetzt sind alle verdächtig!

In einem Sicherheitsstaat sind die Grenzen zwischen Verdächtigen und Unverdächtigen, zwischen Schuldigen und Unschuldigen nicht mehr erkennbar. Bürgerin und Bürger sind ein potentielles Risiko - und präventiv zu überwachen. Auch ohne Anfangsverdacht oder eine konkrete Tat will der Staat auf viele persönliche Daten zugreifen. In welchem Umfang er die Daten abgleicht und welche Schlüsse er daraus zieht, ist für die Bürgerinnen und Bürger kaum nachvollziehbar. Die staatlichen Eingriffe in die Grundrechte und der Abbau ihrer Freiheitsrechte ist für sie noch schwierig abzuwehren.

Sicherheitsgefühl

Noch Mitte der 1980er Jahre gab es große Proteste gegen die Volkszählung. Heute lässt sich kaum Widerstand gegen den Wechsel vom freiheitlichen Rechtsstaat zum präventiven Sicherheitsstaat mobilisieren. Mit dem Fall der Mauer änderte sich das

Sicherheitsgefühl und die Bedrohung der Bevölkerung. Nach der Angst vor dem Kommunismus rückte die international organisierte Kriminalität und der weltweit agierende Terrorismus in den Mittelpunkt des Interesses.

Die Berichterstattung über die Terroranschläge und die sich überbietenden Sicherheitsversprechen der Politik forcierten diese Ängste. Sie brachten Otto Schily (SPD) und aktuell Wolfgang Schäuble (CDU) die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz für maßlose gesetzliche Regelungen.

Generalverdacht

Die Mehrheit der Bevölkerung glaubt daher, dass sich die Anti-Terror-Maßnahmen nur gegen *das Fremde* richten würden. Dieser Glaube wird dadurch unterstützt, dass die Vorstellung vom potentiell gefährlichen einzelnen Menschen als erstes im Ausländerrecht umgesetzt wurde. Migrantinnen und Migranten, vor allem Muslime, stehen unter einem

staatlichen Generalverdacht. Sie gelten als Sicherheitsrisiko und werden einem engen Überwachungs- und Kontrollsystem unterworfen. Das *Ausländerzentralregister* sammelt und speichert alle personenbezogenen Daten der in Deutschland lebenden Ausländer. Ein fast unbeschränkter Datenaustausch der Behörden ist möglich.

Schäubles geplante Sicherheitsmaßnahmen sind Schritte hin zu einem allgemeinen Informations- und Überwachungsregister. MD

Fühlen Sie sich in Dortmund vom Terrorismus bedroht? Für wie zweckmäßig halten Sie die Videoüberwachung und andere Sicherheitsmaßnahmen? Schreiben Sie Ihre Meinung an info@gruene-dortmund.de
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
KV Dortmund, GRinDO
Ruhrallee 44
44139 Dortmund



Autofreier Samstag

22.09.2007

Aktionen zum Klimaschutz
von 10.00-18.00 Uhr
am Platz von Netanya.

Mit Greenpeace,
BUND (angefragt),
VCD (angefragt) und
IPPNW (angefragt).



Sonder-Bundesdelegiertenkonferenz

Samstag, 15. September 2007 in
Göttingen (Lokhalle)
12:00 Uhr bis ca. 18:00 Uhr

Thema Afghanistan

Im Mittelpunkt steht die Situation im
Afghanistan, der zivile Aufbau des
Landes und die Rolle der Bundeswehr.

27. Bundesdelegiertenkonferenz

23.11.2007 bis 25.11.2007
Nürnberg (Messe)

www.gruene.de



Frieden für Afghanistan – Keine Verlängerung der Bundeswehreinätze!

Demonstration:

Mit der Friedenslokomotive nach Berlin!
Samstag, 15. September 2007

Hinfahrt

Abfahrt in Dortmund (Hbf): 6.31 Uhr, Gleis 3
Ankunft in Berlin Ostbf: 11.53 Uhr

Rückfahrt

Abfahrt in Berlin (Hbf-Le Bf): 18.00 Uhr
Ankunft in Dortmund (Hbf): 22.51 Uhr,
Gleis 11

Tickets: 30,00 € unter Tel. 0231/81 80 32
www.dortmunder-friedensforum.de

Global denken - radikal handeln! Klimaschutz **jetzt!**

GRÜNE Klima-Konferenz

zu den GRÜNEN Klimastrategien

Samstag, 13. Oktober 2007, 10:30 - 17:00 Uhr
Wissenschaftszentrum in Bonn

Mit Dr. Johannes Lambertz (Vorstand RWE Power),
Frank Asbeck (Vorstand SolarWorld),
Ulrike Herrmann (taz),
Sven Giegold (Attac),
Reinhard Bütikofer, Bundesvorsitzender von Bündnis 90/DIE GRÜNEN,
Bärbel Höhn (MdB), u.a.
Best-Practice-Börse: Kommunale Klima-Projekte präsentieren
ihre Ideen und Anregungen.
Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Online-Anmeldung:
www.gruene-nrw.de/klimakonferenz-2007.
(Anmeldung bitte bis 08. Oktober).



Reinhard
Bütikofer